

SYRIEN/IRAK

SEBASTIAN GERLACH

HANNES PICHLER

Politischer Stillstand und soziale Proteste: Der Irak im Krisenzustand

August 2018

www.kas.dewww.kas.de/syrien-irak

DIE KRISE DES POLITISCHEN PROZESSES UND STRUKTURELLE ÖKONOMISCHE PROBLEME BEDROHEN DIE POLITISCHE ORDNUNG DES IRAK

Seit den nationalen Parlamentswahlen vom 12. Mai 2018 ist der Irak nicht zur Ruhe gekommen. Das komplexe politische Kräfteverhältnis, Vorwürfe über massiven Wahlbetrug und die Einflussnahme externer Akteure behindern die Regierungsbildung in Bagdad massiv. Zugleich haben soziale Unruhen den Süden des Landes und die Hauptstadt ereilt. Mit ihren Forderungen nach Arbeitsplätzen und einer gesicherten Energie- und Wasserversorgung heben die Demonstranten die strukturellen Defizite der irakischen Politik, Wirtschaft und Verwaltung hervor. Die geschäftsführende Regierung von Ministerpräsident Haider al-Abadi konnte die Unruhen zunächst mit einem hohen Sicherheitsaufgebot und aktionistischem Krisenmanagement eindämmen. Perspektivisch sind jedoch einschneidende Reformen notwendig, um die strukturellen Defizite in Politik, Verwaltung und Wirtschaft zu beheben. Andernfalls droht dem Irak nach Jahren des Bürgerkrieges und dem Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) erneut eine Phase der Instabilität.

Politischer Stillstand in Bagdad

Drei Monate nach den Parlamentswahlen herrscht in Bagdad weiterhin politischer Stillstand. Dies gründet zum einen in dem überraschenden Wahlergebnis, welches die bisherigen politischen Kräfteverhältnisse im Land erschüttert hat. Bei den Wahlen am 12. Mai gewann die *Sairoun*-Bewegung des populären schiitischen Predigers Muqtada as-Sadr überraschend die Wahlen vor der Iran-nahen *Conquest*-Allianz des Anführers der Volksmobilisierungskräfte (*al-Haschd asch-Scha'bi*), Hadi al-Ameri, während der

amtierende Ministerpräsident Haider al-Abadi mit seiner *Victory*-Allianz nur auf dem dritten Rang landete.¹ Für al-Abadi, der keinen der Wahldistrikte mit schiitischer Bevölkerungsmehrheit gewinnen konnte, ist dieses Abschneiden ein herber Rückschlag. Noch vor einem Jahr ließ er sich nach der Rückeroberung Mossuls vom IS (Juli 2017) als siegreicher Feldherr feiern und inszenierte sich nach der Rückgewinnung Kirkuks von den kurdischen Peschmerga (Oktober 2017) als Bewahrer des irakischen Staates.

Zum anderen behindern Vorwürfe über Wahlbetrug und Unregelmäßigkeiten bei der Stimmabgabe den verfassungskonformen Regierungsbildungsprozess. Über 1.500 Beschwerden gegen das Wahlergebnis hatten im Nachgang der Wahlen dazu geführt, dass der Oberste Gerichtshof des Irak eine manuelle Neuauszählung der Stimmen anordnete und einer Neubesetzung der *Independent High Electoral Commission* (IHEC) mit neun parteilosen Richtern stattgab.² Am 6. August erklärte die IHEC die Neuauszählung der Wählerstimmen in den angefochtenen Wahlstationen für abge-

¹ Siehe hierzu auch Nils Wörmer und Hannes Pichler: [„Neuordnung der politischen Landschaft nach den Parlamentswahlen“](#), Konrad-Adenauer-Stiftung, Länderbericht, 16.05.2018. Nach Bekanntgabe des vorläufigen Wahlergebnisses ergab sich folgendes Bild an der Spitze: *Sairoun*-Bewegung (Muqtada as-Sadr): 54 Sitze, *Conquest*-Allianz (Hadi al-Ameri): 47 Sitze, *Victory*-Allianz (Haider al-Abadi): 42 Sitze, *State of Law*-Koalition (Nuri al-Maliki): 26 Sitze.

² Vgl. [„Iraq's Supreme court endorses manual recount for May election“](#), *Al-Arabiya*, 21.06.2018. Der Oberste Gerichtshof bestätigte damit einen Parlamentsbeschluss vom 6. Juni 2018. Die IHEC war ursprünglich aus neun politischen Kommissaren zusammengesetzt, die den führenden irakischen Parteien angehörten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SYRIEN/IRAK

SEBASTIAN GERLACH
HANNES PICHLER

August 2018

www.kas.de

www.kas.de/syrien-irak

geschlossen.³ Am 10. August wurde das Ergebnis bekanntgegeben, das jedoch keine wesentlichen Veränderungen des Wahlausgangs zur Folge hat. Lediglich al-Ameris *Conquest*-Allianz verbuchte einen zusätzlichen Sitz und stellt nun 48 Abgeordnete.⁴ Erst mit der noch ausstehenden Bestätigung dieser Ergebnisse durch den Obersten Gerichtshof kann sich jedoch das neue Parlament konstituieren und die Regierungsbildung formal beginnen. Es ist unklar, wann dies erfolgen wird.

Seit den Wahlen bemühen sich die politischen Akteure in Bagdad im Hintergrund um eine Koalitionsbildung. Diese gestaltet sich jedoch angesichts der neuen Kräfteverhältnisse als äußerst schwierig. Muqtada as-Sadr verkündete Übereinkünfte mit verschiedenen Parteien, darunter mit dem geschäftsführenden Ministerpräsidenten Haider al-Abadi und dem Anführer der Volksmobilisierungskräfte Hadi al-Ameri. Diese Vereinbarungen sind bislang jedoch von keiner klaren Programmatik geprägt, die über Bekenntnisse zu einer konfessionsübergreifenden, inklusiven Regierung und dem gemeinsamen Kampf gegen die Korruption hinausgehen.⁵ Ebenso wenig dürften diese öffentlich angekündigten Übereinkünfte eine finale Bedeutung haben, sondern sollten viel mehr als taktische Absprachen in einem lange andauernden Regierungsbildungsprozess verstanden werden.

Zum jetzigen Zeitpunkt zeichnet sich damit noch keine stabile Regierungskoalition ab.

³ Vgl. [„Commission completes vote recount, cancels part of Baghdad votes“](#), *Kurdistan24*, 6.8.2018. In Bagdad konnten nicht alle Stimmzettel nachgeprüft werden, da am 10. Juni 2018 ein Feuer das Lager zerstörte, in dem die Wahlurnen verwahrt wurden.

⁴ Vgl. [„Kurdistani parties keep all seats after Iraq's largely unchanged recount results“](#), *Rudaw*, 9.8.2018 und Ahmed Aboulenein: [„Recount shows Iraq's Sadr retains election victory, no major changes“](#), *Reuters*, 10.8.2018. Der von Hadi al-Ameri zugewonnene Sitz stammt von einer lokalen Liste aus Bagdad. Die Neuauszählung hat zu keiner Veränderung des ursprünglichen Wahlergebnisses in Irakischn-Kurdistan geführt.

⁵ Vgl. [„PM Abadi, Sadr alliance brings Iraq government closer“](#), *Reuters*, 23.6.2018.

Vieles dürfte in den nächsten Wochen davon abhängen, welche Rolle externe Akteure im Regierungsbildungsprozess einnehmen werden. Vor allem der Iran ist bestrebt, das gute Abschneiden der verbündeten schiitischen Kräfte bei den irakischen Parlamentswahlen in politischen Einfluss zu übersetzen. Auf der anderen Seite zielen die Vereinigten Staaten darauf ab, ihre Interessen in Bagdad durch die Installation eines pro-westlichen und Saudi-Arabien positiv gesinnten Ministerpräsidenten zu behaupten. Aufgrund der komplexen Kräfteverhältnisse gilt es als wahrscheinlich, dass die politischen Lager im Irak eine Regierung der nationalen Einheit bilden werden, welche die Interessen der Vereinigten Staaten und des Iran im Irak auszubalancieren vermag. Dies dürfte zur Folge haben, dass die zukünftige Regierung auf einer nur sehr dünnen inhaltlichen und programmatischen Basis stehen wird.

Soziale Unruhen im Südirak

Darüber hinaus erschweren soziale Unruhen, die im Juli vor allem im schiitischen Kernland im Südirak aufgeflammt sind, die Regierungsbildung. Die Proteste brachen in Basra, der zweitgrößten Stadt des Irak, aus und weiteten sich im Verlauf des Monats auf acht weitere Provinzen sowie auf die Hauptstadt Bagdad aus. Primärer Auslöser war die mangelhafte Elektrizitätsversorgung, die in den diesjährigen Sommermonaten vielerorts massive Einschränkungen erlebt hat. Aufgrund der schlechten Wartung der Infrastruktur, niedriger Flussstände im Bereich von Wasserkraftwerken, der Einstellung der Stromzulieferungen aus dem Iran und Kraftstoffmangel hat das irakische Elektrizitätsnetz in den vergangenen Monaten knapp 2.500 Megawatt an Leistung eingebüßt.⁶ Als Folge lieferte das öffentliche Netz

⁶ Vgl. [„Elektrizität: Produktion ist auf 13.000 Megawatt gefallen“](#), *Al-Sabah*, 5.7.2018 und Ali Mamouri: [„Billion dollar debt, heat wave push Iran to cut electricity to Iraq“](#), *Al-Monitor*, 10.7.2018. Im Juli verfügte das irakische Netz somit über circa 13.000 Megawatt, die nach Angaben des Elektrizitätsministeriums landesweit zwischen 12 und 18 Stunden Strom pro

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SYRIEN/IRAK

SEBASTIAN GERLACH
HANNES PICHLER

August 2018

www.kas.de

www.kas.de/syrien-irak

in Basra beispielsweise Anfang Juni nur rund 16 Stunden Strom pro Tag.

Die Proteste gewannen schnell an Themenvielfalt. Die Demonstranten beklagten die Unfähigkeit des irakischen Staates, eine sichere Energie- und Wasserversorgung zu garantieren, die hohe Arbeitslosigkeit und die grassierende Korruption im Land. Im ölfreien aber von Armut geprägten Basra prangerten die Proteste insbesondere die finanzielle Benachteiligung der Provinz durch die Zentralregierung in Bagdad an, die einen Großteil der Einnahmen aus dem Ölgeschäft einbehält. Vielerorts äußerten die Protestierenden zudem Kritik am Iran, der aufgrund seiner Einflussnahme im Irak als ein Urheber der Probleme im Land gesehen wird.⁷ Das von Beginn an harte Vorgehen der irakischen Sicherheitskräfte gegen Teilnehmer der Proteste befeuerte die Demonstrationen zusätzlich.

Die Unruhen stellen eine beispiellose Zuspitzung des öffentlichen Unmuts mit der Lage im Irak dar. Zwar brachen auch in den vergangenen Jahren in den Sommermonaten Proteste im Südirak aus. Während diese Unruhen jedoch überwiegend von etablierten politischen Akteuren gesteuert und instrumentalisiert wurden, sind die jetzigen Proteste weitestgehend unkoordiniert und führerlos. Die öffentliche Unzufriedenheit zielt dabei auf alle politischen Akteure des Irak und sogar den schiitischen Klerus ab. An manchen Orten wie der Stadt Hilla in der Provinz Babil griffen Demonstranten Büros von Muqtada as-Sadr an, der bislang als wichtigstes Sprachrohr der Benachteiligten und Armen galt. Selbst der in der irakischen Gesellschaft hochrespektierte Großajatollah Ali as-Sistani, die wichtigste schiitische Autorität des Landes, wurde ob seiner anfangs

passiven Haltungen zu den Forderungen der Proteste kritisiert. Tatsächlich ist das Ausmaß der diesjährigen Unruhen erheblich. Demonstranten brannten vielerorts öffentliche Gebäude und Parteibüros nieder und griffen Regierungsvertreter an; in der Stadt Nadschaf wurde sogar der örtliche Flughafen gestürmt.

Die irakische Regierung hat auf die Proteste mit einer Doppelstrategie reagiert. Zum einen ordnete Ministerpräsident al-Abadi den umfassenden Einsatz der Sicherheitskräfte an, um die öffentliche Infrastruktur und Parteieinrichtungen zu schützen. Vielerorts kam es dabei zu Ausschreitungen, bei denen mehrere Demonstranten getötet wurden. Ebenso schränkten die irakischen Sicherheitsbehörden im Juli in Teilen des Irak wiederholt den Zugang zum Internet ein und blockierten soziale Medien wie Facebook oder Twitter, um eine Ausweitung der Proteste zu verhindern. Internationale Beobachter haben das harte Vorgehen der Sicherheitskräfte kritisiert.⁸

Zum anderen versucht die irakische Regierung, die Demonstranten durch vage Reformversprechen und Hilfspakete zu beschwichtigen. Mitte Juli entschied das Kabinett, in allen Ministerien und Provinzregierungen sogenannte *Crisis Cells* einzurichten, die Lösungsansätze für die Forderungen der Proteste erarbeiten sollen. Ebenso kündigte al-Abadi an, knapp drei Milliarden US-Dollar an Soforthilfen für Basra bereitzustellen. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um zusätzliche Mittel. Tatsächlich schuldete die Zentralregierung diesen Betrag der südirakischen Stadt bereits seit geraumer Zeit.⁹ Ölminister Jabbar al-Luaybi versprach darüber hinaus, dass 10.000 neue Stellen für die Einwohner Basras geschaffen werden;

Tag gewährleisten. Kraftstoffmangel hatte den Verlust von 1.000 Megawatt, der Ausfall der Versorgung mit Elektrizität aus dem Iran von weiteren 1.400 Megawatt zur Folge. Der Iran unterbrach seine Stromlieferungen an den Irak aufgrund des gestiegenen Eigenbedarfs und ausstehender Rechnungen.

⁷ Interviews mit irakischen Kontakten, August 2018.

⁸ Vgl. Human Rights Watch: [„Iraq: Security Forces Fire on Protesters“](#), *Human Rights Watch*, 24.7.2018.

⁹ Vgl. Kirk H Sowell: [„Abadi facing crisis of credibility as he seeks second term“](#), *Arab News*, 6.8.2018.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SYRIEN/IRAK

SEBASTIAN GERLACH

HANNES PICHLER

August 2018

www.kas.de

www.kas.de/syrien-irak

lokale Behörden rechnen mit 400.000 bis 500.000 Bewerbungen.¹⁰

Vor allem aufgrund des umfassenden und rigorosen Einsatzes der Sicherheitskräfte, insbesondere des *Counter Terrorism Service* (CTS), ist es der Regierung al-Abadis gelungen, die Unruhen überwiegend einzudämmen.

Ungelöste strukturelle Probleme

Die aktuellen Proteste sind mitunter Ausdruck einer Mehrzahl von politischen und wirtschaftlichen Fehlentwicklungen sowie von strukturellen Problemen, die in den Jahren des Kampfes gegen den IS in den Hintergrund gerückt waren und sich nun wieder verstärkt hervortun. Hierzu zählen vorweg die Abhängigkeit der irakischen Wirtschaft vom Öl, die unterentwickelte Privatwirtschaft sowie die grassierende Korruption in Politik und Verwaltung.

Der Irak ist mit gravierenden ökonomischen Problemen konfrontiert, die vorrangig auf die Abhängigkeit des Landes vom Öl zurückgehen. Trotz Versuchen, die irakische Wirtschaft umzustrukturieren und zu diversifizieren, stammen nach wie vor rund 90 Prozent des irakischen Staatshaushaltes aus den Erdöleinnahmen. Zuletzt hatte al-Abadi erklärt, dass der Ölpreis bei mindestens 67 US-Dollar pro Barrel liegen müsse, damit der irakische Staat seine laufenden Kosten decken könne.¹¹ Diese starke Abhängigkeit hat bei den schwankenden Ölpreisen in den vergangenen Jahren zu signifikanten Engpässen im Staatshaushalt geführt und staatliche Investitionen massiv gehemmt.¹² Vielerorts mussten zudem die öffentlichen Dienstleistungen (Müllabfuhr, Strom- und Wasserversorgung) gekürzt und die Bezahlung öffentlicher Angestellter eingestellt

werden. Dies hat immer wieder zu lokalen Protesten geführt.

Der aufgeblähte Staatsapparat ist dabei ein struktureller Schwachpunkt des Landes. Irakische Ökonomen gehen davon aus, dass Gehälter und Pensionszahlungen von Staatsbediensteten rund 48 Prozent des jährlichen Staatshaushaltes beanspruchen.¹³ Ein System von Klientelismus und Patronage, das durch politische Interessen motiviert und entlang ethnisch-konfessioneller Linien praktiziert wird, hat den öffentlichen Sektor in den vergangenen Jahren auf rund fünf Millionen Angestellte anschwellen lassen. Im Kontext des Kampfes gegen den IS sind zuletzt insbesondere die Sicherheitsbehörden auf rund 1,3 Millionen Angestellte stark angewachsen. Die dafür anfallenden Kosten verschlingen im Jahr 2018 circa 25 Prozent des Gesamtbudgets.¹⁴

Demgegenüber steht ein unterentwickelter Privatsektor, der in der aktuellen Verfasstheit nur geringfügig Arbeitsplätze schaffen, den Staatshaushalt entlasten und die irakische Volkswirtschaft ankurbeln kann. Nur rund 37 Prozent des irakischen Bruttoinlandsproduktes (BIP) werden derzeit aus der Privatwirtschaft generiert.¹⁵ Der Anteil der irakischen Industrie, die außerhalb des Ölsektors operiert, liegt dabei bei etwa einem Prozent, jener der Landwirtschaft bei weniger als acht Prozent am BIP.¹⁶ Im Vergleich dazu steuert der Ölsektor knapp 50 Prozent des BIP bei; insgesamt sind aber weniger als fünf Prozent aller Beschäftigten in der Öl-Branche tätig.¹⁷ Die Arbeitslosigkeit im Land ist hoch und liegt unter den Jugendlichen bei ungefähr 30 Prozent, Ten-

¹³ Vgl. Harith Hassan: [„Beyond Security: Stabilization, Governance, and Socioeconomic Challenges in Iraq“](#), *Atlantic Council*, Issue Brief, July 2018, S. 7. Die Schätzung basiert auf dem Haushaltsjahr 2016.

¹⁴ Ebd., S. 9.

¹⁵ Berater des irakischen Ministerpräsidenten in wirtschaftlichen Angelegenheiten, gemeinsamer Workshop der Konrad-Adenauer-Stiftung mit dem Atlantic Council, Bagdad, 7.3.2018.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Berater des irakischen Ministerpräsidenten in wirtschaftlichen Angelegenheiten, Bagdad, 7.3.2018.

¹⁰ Vgl. „Inside Iraqi Politics Issue No. 181“, *Utica Risk Services*, 27.7.2018.

¹¹ Vgl. Kirk Sowell: [„Abadi facing crisis of credibility as he seeks second term“](#), *Arab News*, 6.8.2018.

¹² Vgl. [„Iraqi parliament approves budget. Kurdish lawmakers boycott vote“](#), *Reuters*, 3.3.2018.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SYRIEN/IRAK

SEBASTIAN GERLACH
HANNES PICHLER

August 2018

www.kas.de

www.kas.de/syrien-irak

denz angesichts des hohen Bevölkerungswachstums steigend.¹⁸ Darüber hinaus findet ein signifikanter Teil der wirtschaftlichen Tätigkeit im Irak außerhalb des gesetzlich regulierten Rahmens statt, wodurch dem irakischen Staat bedeutende Einnahmen entgehen. Geschätzte 62 Prozent der privaten Wirtschaftsunternehmen sind nicht registriert, um der Besteuerung zu entfliehen.¹⁹

Die negativen Auswirkungen der Korruption auf die irakische Wirtschaft und Gesellschaft sind enorm. Undurchsichtige Entscheidungsprozesse und die Erfordernis von Schmiergeldzahlungen behindern dringend benötigte Privatinvestitionen; der letztjährige *Corruption Perception Index* von *Transparency International* listet Irak auf Rang 169 von 180 Ländern. Jährlich versickern Milliarden an öffentlichen Geldern. Die schnelle Ausbreitung des IS im Jahr 2014 wäre ohne die Korruption im Irak nicht möglich gewesen. Eine Untersuchung im gleichen Jahr ergab, dass die Sicherheitsbehörden ca. 50.000 sogenannte „Geistersoldaten“ beschäftigten, die nur auf dem Papier existierten und deren Sold von korrupten Offizieren eingezogen wurde. Die Sicherheitskräfte waren folglich in ihrem Kampf gegen den IS massiv eingeschränkt. Gleichfalls trieb die Unzufriedenheit über die Korruption und Vetternwirtschaft viele sunnitische Iraker in die Hände der Terrororganisation.²⁰

¹⁸ Wirtschaftsexperte der *Bagdad University*, gemeinsamer Workshop der Konrad-Adenauer-Stiftung mit dem Atlantic Council, Bagdad, 8.3.2018. Die aktuelle Bevölkerungszahl liegt bei rund 37 Millionen; knapp 60 Prozent der Iraker sind laut dem *CIA World Factbook* unter 25 Jahre alt. Bis zum Jahr 2030 soll die Bevölkerungszahl auf 53 Millionen steigen.

¹⁹ Vgl. Hassan: „Beyond Security“, S. 9.

²⁰ Vgl. [„Iraq uncovers 50,000 'ghost soldiers'“](#), *Al-Jazeera*, 1.12.2014 und Katherine Dixon: [„Corruption Helped ISIS Take Mosul. Victory Cannot Last While It Persists“](#), *Defense One*, 10.3.2017.

Unzureichende öffentliche Dienstleistungen

Die unzureichenden öffentlichen Dienstleistungen stellen ein weiteres fundamentales Problem dar. Selbst unter Idealbedingungen kann das nationale Stromnetz den Elektrizitätsbedarf, der vor allem in den heißen Sommermonaten deutlich über der maximalen Kapazität von aktuell ungefähr 15.000 Megawatt liegt, nicht decken. Hohe Strompreissubventionen für Verbraucher schränken den Spielraum für Investitionen, die für die Ausbesserung und Erweiterung des maroden Netzes dringend notwendig sind, erheblich ein. Unmut in der Bevölkerung über die schlechte Versorgungslage ist somit vorprogrammiert und kann im Fall zusätzlicher Einschränkungen schnell eskalieren. Terroristische Akteure machen sich diesen Umstand zu Nutze. In Teilen des Irak, in denen der IS weiterhin als zellenbasierte Untergrundorganisation operiert, kam es wiederholt zu Anschlägen auf das Stromnetz.²¹

Auch die Wasserversorgung ist in einem desolaten Zustand. In allen Landesteilen gibt es Einschränkungen bei der Bewässerung von Agrarland, welche die wirtschaftliche Entwicklung des Irak behindern. Die Infrastruktur bedarf vielerorts deutlicher Nachbesserung. Vor allem in der Provinz Ninawa, der vormaligen Kornkammer des Landes, kam es im Zuge des Kampfes gegen den IS zu Verwüstungen; die landwirtschaftliche Produktion dort ist zum Erliegen gekommen.²² Lücken in der Trinkwasserversorgung verstärken die öffentliche Unzufriedenheit und waren beispielweise Mitauslöser für die diesjährigen Proteste im Südirak. Aufgrund des Klimawandels und steigenden Verbrauchs dürfte sich die Lage in den

²¹ Siehe hierzu zum Beispiel Nehal Mostafa, [„Islamic State blows up electricity pylons, cuts power, west of Ramadi“](#), *Iraqi News*, 16.6.2017 und Nehal Mostafa, [„Islamic State blows up electricity station in Kirkuk, amid power crisis“](#), *Iraqi News*, 29.7.2018.

²² Vgl. Maha El Dahhan und Raya Jalabi: [„Special Report: How Iraq's agricultural heartland is dying of thirst“](#), *Reuters*, 25.7.2018.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SYRIEN/IRAK

SEBASTIAN GERLACH
HANNES PICHLER

August 2018

www.kas.de

www.kas.de/syrien-irak

kommenden Jahren weiter verschärfen. In den vergangenen Jahrzehnten sind die Pegel der Flüsse, welche die primäre Wasserquelle des Irak darstellen, bereits um ungefähr 40 Prozent gefallen. Neue Staudammprojekte in der Türkei drohen zudem den Zufluss von Wasser in den Irak weiter einzuschränken.²³ Wasserknappheit hat somit das Potential, Konflikte innerhalb des Irak und mit Anrainerstaaten auszulösen.²⁴

Ausblick: Der Irak vor einer unsicheren Zukunft

Die strukturellen Probleme und Herausforderungen des Irak sind tiefgründig. Das aktivistische Krisenmanagement des geschäftsführenden Ministerpräsidenten Haider al-Abadi hat die sozialen Unruhen kurzfristig, aber keinesfalls nachhaltig unter Kontrolle gebracht. Ein neuerliches Aufblühen von Protesten ist jederzeit möglich. Für die zukünftige Regierung wird daher entscheidend sein, umfassende Reformmaßnahmen in Verwaltung und Wirtschaft umzusetzen und dabei insbesondere die grassierende Korruption zu bekämpfen.

Andernfalls droht sich der Vertrauensverlust der irakischen Bevölkerung in das politische System des Landes weiter fortzusetzen. Bereits jetzt hat der demokratische Prozess angesichts der geringen Beteiligung bei den Wahlen am 12. Mai stark an Legitimität verloren. Nur 44,5 Prozent der zuvor registrierten Wähler gaben am Wahltag ihre Stimme ab (2014: 62 Prozent, 2010: 62,4 Prozent und 2005: 79,6 Prozent). Mit ungewohnt deutlichen Worten hat zuletzt der schiitische

²³ Vgl. Arwa Ibrahim, [„Declining levels in Iraq's Tigris raise fear of water crisis“](#), *Al-Jazeera*, 7.8.2018. Die Flüsse Euphrat und Tigris, die beide in der Türkei entspringen, bilden die Hauptquelle der irakischen Wasserversorgung. Seit den 1960er Jahren reduziert die türkische Regierung die Wassermengen der flussabwärtsliegenden Staaten Syrien und Irak durch Staudämme zunehmend. Darüber hinaus leidet die Wasserversorgung des Irak unter der steigenden iranischen Entnahme von Wasser aus Flüssen, die im Iran entspringen.

²⁴ Vgl. Yerevan Saeed: [„Iraq Faces its Next Crisis: Water“](#), *The Washington Institute for Near East Policy*, 19.7.2018.

Großajatollah Ali as-Sistani, der für gewöhnlich von einer Einmischung in die irakische Politik absieht, die irakischen Politiker kritisiert und den Ruf nach Reformen bekräftigt.²⁵

Die politischen Eliten stehen folglich unter erheblichen Druck, eine Regierung zu formen und den aktuellen Herausforderungen entgegenzutreten. Angesichts des Wahlergebnisses, welches die bisherigen politischen Kräfteverhältnisse im Land erschüttert hat, ist jedoch unklar, wann es dazu kommen wird. Fraglich ist, ob al-Abadi nach den jüngsten Protesten und der persönlichen Kritik as-Sistanis eine weitere Amtszeit antreten kann. Unter den aktuellen Umständen und vor dem Hintergrund der externen Einflussnahme im Land durch den Iran und die Vereinigten Staaten ist es wahrscheinlich, dass sich die verschiedenen politischen Lager auf eine Regierung der nationalen Einheit verständigen werden. Diese könnte die unterschiedlichen ausländischen Interessen im Irak ausbalancieren. Der Regierungsbildungsprozess dürfte jedoch insbesondere aufgrund der heiklen ethnisch-konfessionellen Arithmetik und der schwierigen Postenaufteilung noch einige Monate in Anspruch nehmen.

Nach den konfessionellen Konflikten der 2000er Jahre und dem Kampf gegen den IS ist das politische System des Irak erneut mit einer schweren Krise konfrontiert. Sollten die etablierten politischen Kräfte des Landes die notwendigen strukturellen Reformen nicht zügig umsetzen und das Vertrauen der Bevölkerung zurückgewinnen, droht ein weiterer Zerfall der seit der amerikanischen Invasion von 2003 bestehenden politischen Ordnung – mit dem Risiko einer Wiederkehr der dschihadistischen Bedrohung aus dem Irak.

²⁵ Vgl. Tamer El-Ghobashy und Mustafa Salim: [„Street protests in Iraq could cost pro-American prime minister his job“](#), *The Washington Post*, 6.8.2018.